

keine Bezüge zu Tocquevilles späteren Schriften und Reden. Dadurch wertet Schleifer Tocquevilles Grundaussagen ausschließlich demokratietheoretisch, ignoriert aber, sie auch im Kontext ihrer Zeit zu gewichten. Die hervorragende systematisch-interpretative Arbeit *Schleifers* untergräbt so das innovative Potential des Werkes Tocquevilles, das auch im Rahmen aktueller demokratietheoretischer Debatten genutzt werden kann. Zwar gelingt es *Schleifer*, Tocquevilles These von der inhärenten Dynamik der Demokratie klarer zu fassen und die Bedeutung dessen herauszustellen, was dieser mit seiner Unterscheidung von sozialer und politischer Demokratie verstand. Doch dessen starke Kritik an den Auswüchsen eines zentralistisch organisierten Staates und seiner Verwaltung, auf die *Schleifer* ausdrücklich als Hauptthema des ersten Bandes verweist, bleibt, ohne eine Einbindung in die politischen Debatten der 1820er und 1830er Jahre in Frankreich, in ihrer theoretischen und politischen Ausdeutung zu schwach.

Das es bei einer interpretativen Arbeit zu einem so vielschichtigen und für die politische Theorie wegweisenden Werk wie Tocquevilles Demokratie in Amerika Kritikpunkte gibt, ist nicht weiter verwunderlich. Eine detaillierte Berücksichtigung der zeitgenössischen Debatten oder die umfassende Einarbeitung der Rezeptionsgeschichte hätte aber auch den Vorzug von *Schleifers* Companion zunehme gemacht, nämlich eine schmale, pointierte und begriffsoorientierte Anleitung zum Studium eines der wichtigsten Werke moderner Demokratietheorie den Lesern zur Hand zu geben.

*Skadi Krause*

De Benedictis, Angela und Gustavo Corni, Brigitte Mazohl, Daniela Rando, Luise Schorn-Schütte (Hrsg.). *Das Politische als Argument. Beiträge zur Forschungsdebatte aus dem Internationalen Graduiertenkolleg „Politische Kommunikation von der Antike bis in das 20. Jahrhundert“*. Göttingen. V & R Unipress 2013. 165 Seiten. 34,90 €.

Das schmale Bändchen ist zwar eine Frucht des historiographischen For- schungsfeldes, sollte aber auch Politikwissenschaftler interessieren und kritisch gewürdigt werden, und zwar aus zwei Gründen. Der erste Grund ist unmittelbar einleuchtend: In den Aufsätzen wird der Zentralbegriff der Disziplin, „Politik“ beziehungsweise „das Politische“ unter spezifischen Prämissen und Zielrichtungen verhandelt. Dabei kommen vor allen Dingen die Theoretiker der Politik auf ihre Kosten; dafür garantieren allein schon die Beiträge von vier italienischen Spezialisten der Geschichte der politischen Theorie. Der zweite Grund betrifft das Verhältnis der Politikwissenschaft zu den historischen Wissenschaften, die im Buch nicht nur gelegentlich kritisch gesehen wird – eine Beziehung, die neuerdings sehr zu wünschen übrig lässt. Die Frühneuzeithistorikerin *Luise Schorn-Schütte* hat dies in ihrer Einleitung auf den Punkt gebracht und die Stoßrichtung des Sammelbandes angezeigt: Wie kann das „Politische“ in unterschiedlichen Epochen charakterisiert werden, ohne einem inadäquaten Essentialismus anheimzufallen, der historische Wandlungen als unerheblich abtut (7)? Sie bemängelt, gerade im Blick auf den Leitbegriff „Kommunikation“, die Ignoranz der systematisch vorgehenden Sozialwissenschaften, die ja auch mit diesem Begriff arbeiteten, vor den Dis-

kussionen ihrer historischen Kollegen (14). Es erscheint der Autorin mehr als geboten, „den Sozialwissenschaften die historiographischen Kontroversen näher zu bringen.“ (15). Diese zentrieren im vorliegenden Kontext nicht um einen Begriff des „Politischen an sich“, sondern, wie sich „Politik“ beziehungsweise das „Politische“ in Gestalt von Entscheidungen, Institutionen, Konflikttausdragungsweisen und so weiter über sprachliche „Kommunikation“ charakterisieren lässt hinsichtlich seiner je eigentümlichen Semantik. So erweise sich die Geschichte der Kommunikation über das Politische als „Geschichte handfester Gewaltanwendung“, als Reflexion über Legitimationsgrundlagen von Herrschaft, als politische Ideengeschichte sowie als Geschichte der Kontexte, in denen sich Meinungen, Vorurteile oder Deutungen entfalten (7f.).

Obwohl sie in der Regel um ein Leitthema kreisen sollen, zeichnen sich Sammelände selten durch Kohärenz aus. Das ist hier nicht anders. So enthält der Text von *Carlo Galli* über „Schmitt und Machiavelli“ (121-142) recht viel Bedenkenswertes über das „Politische“, aber die Verbindung zur Kommunikation sucht man hier vergeblich. Beim Aufsatz von *Maurizio Ricciardi* über „Die Auflösung des Individuellen. Luhmann und die historisch-soziale Semantik“ (143-160) verhält es sich gerade umgekehrt: Hier ist kaum vom Politischen die Rede, viel natürlich von Kommunikation und Semantik. Der Autor wartet mit dem überraschenden Plot eines Komplementaritätsverhältnisses von Historismus und Funktionalismus auf: „Wenn sich der Historismus mit der Vielfalt der Veränderungen beschäftigt, garantiert der Funktionalismus „die Nichtbeliebigkeit

der Variation [...].“ Der Historismus bringt [...] ein Problem zum Ausdruck, für das der Funktionalismus die praktische Lösung bietet.“ (149).

Für den Althistoriker *Uwe Walter* („Wege zum Politischen im antiken Griechenland“, 17-43) gründet das „Politische“ beziehungsweise die sich an die aristotelische „Politik“ anlehrende Begrifflichkeit auf der Einsicht des gemeinschaftlichen Handelns der Bürger einer polis („Herrschend und Beherrschwerden im Wechsel“, 25). Kommunikativ gewendet, ereignet sich das Politische in Form von Rede, Gegenrede und Aushandeln, demnach konsensorientiert. Diese Auffassung spiegelt der Autor am spartanischen Gemeinwesen, in dem ein diskursives Verständnis von Politik nicht existiert habe. In seiner Autoritätsfixiertheit und unter dem Primat von Sozialdisziplinierungsregulativen stehend, habe Sparta sich als unfähig erwiesen, so etwas wie einen „Gesamtwillen“ herzustellen. So erscheint Sparta als die Verkörperung der „Unpolitik“, des „Unpolitischen“. Walters moderne Stützkonzepte sind hingegen bei Dolf Sternberger und vor allem bei Hannah Arendt zu suchen. Doch gerade bei Letzterer scheint Vorsicht geboten. Denn bei Arendt ist eine Art Verknappung der Begrifflichkeit der „Politik“ beziehungsweise des „Politischen“ erkennbar, da sie das Politische rigoros aus der aristotelischen Politik-Konzeption entwickelt und alle jene Elemente aussortiert, die nicht unter das Etikett einer freiheitsverbürgenden Teilhabe der Bürger sowie der Generierung des Partizipierens „an der gemeinsam konstituierten Welt des Politischen“ passt (26). *Walter* stimmt Arendt in der Hinsicht zu, dass nicht Grausamkeit das Merkmal der Tyrannis gewesen sei,

„sondern die Vernichtung des öffentlichen Bereichs“ (42). Hier stellt sich doch die Frage: Was muss dem voraus gegangen sei, dass es zur Errichtung einer Tyrannenherrschaft kommen konnte? Solange die Arendtsche Politik-Ontologie darauf keine schlüssige Antwort parat hat, muss das Politische in einem viel weiteren Sinne angelegt werden, als es der hier intendierte Kommunikationsbegriff von konsens- und teilhabeorientiertem Grundschema von Rede und Gegenrede insinuiert.

*Robert von Friedeburg* betont in seinem Beitrag „Politik in der Frühen Neuzeit: Die Legitimität öffentlicher Zwangsordnung als begrenzt durch Recht und Religion“ (45-60) die Begründung moderner Staatlichkeit aus den besonderen Umständen von Reformation, Konfessionalisierung und europäischer Expansion in der Frühen Neuzeit, damit gehe auch ein Wandel in dem einher, was als „Politik“ bezeichnet worden ist. Er rät dringend davon ab, an diese Periode mit scheinbar unveränderlichen Gegebenheiten heranzutreten (48). So verbiete sich die Projektion eines Staatsmodells im Sinne eines bürokratischen Anstaltsstaates unter zentralistischen Bedingungen (etwa im Falle Spaniens und Frankreichs, 51). Auch gab es unterschiedliche Politikauffassungen, selbst unter Lutherandern wie Conring, Seckendorff und Reinkingk. Als Leser des Jahres 2013 nimmt man erstaunt den Befund zur Kenntnis, dass die extensive Verschuldung der Staaten die „wichtigste frühneuzeitliche Innovation“ darstelle (50). Insgesamt geht es von Friedeburg um das Verhältnis von Recht und Politik, Recht verstanden im Sinne eines Gefüges von Regelhaftem bzw. Satzungsgemäßem, gegründet auf Normgehorsam, das den Rahmen abgebe, in welchem

sich so etwas wie Politik ereigne – zumindest im lateinischen Europa (60). Das Aufeinander-Verwiesensein von Recht und Religion bringen den Autor dazu zu behaupten, Politik in der Frühen Neuzeit sei ein „geschmeidige(s) Operieren im Rahmen von Normen“ gewesen, die mit Mehrdeutigkeit versehen waren und nicht so einfach unterlaufen werden konnten (59). Vieles sei „pluraler“ gewesen an Legitimitätspotentialen als in den modernen Parteidemokratien (53). Seine These, dass die Durchsetzung von Interessen „allererst“ (60) entlang geltender Normen verlaufe, wird durch die Abfolge von Kriegen, Revolutionen, Gegenrevolutionen, autoritär-diktatorischen Maßnahmen und, als beschämende „Krönung“, durch die planmäßig inaugurierte und gehandhabte Massengewalt totalitärer Systeme (im Zentrum des lateinischen Europa!) freilich empirisch, aber auch normativ nicht bestätigt.

Der umfangreichste, aber auch ambitionierteste Beitrag stammt von *Mario Scattola*, der nichts anderes als eine „politische Metaphysik“ begründen will, die primär auf historistischen Pfeilern zu stehen kommen solle (61-103). Unter der Prämisse einer auf unterschiedlichen Codes aufgebauten politischen Kommunikation entwickelt der Autor die Konzeption einer „politischen Ideengeschichte“ als eine Abfolge konzentrischer Kreise, wobei der innerste Kreis der Wissenschaftsgeschichte der Politik entspricht, der zweite dem, was *Scattola* mit „politischer Epistemologie“ wiedergibt, und der äußerste Kreis den Bereich der „politischen Metaphysik“ markiert (62). Idealtypisch hat sich die Wissenschaftsgeschichte der Politik dualistisch entfaltet: in einen topologisch-dialektischen – paradigmatisch verkörpert im Werk

des Althusius – und einen systematisch-prozeduralen Zweig – für den Pufendorfs Werk steht. Die toplogische beziehungsweise dialektische Wissenschaftsauffassung geht von der Vielfalt der Prinzipien aus, von einer topischen Gesichtspunkten genügenden Gliederung der Disziplin und eines Erkenntnisziels der adäquaten Ordnung hergebrachter Wissenselemente (72). In seiner Grundlegung des systematischen Naturrechts hat Pufendorf dessen Prinzipien aus der Vernunft entspringen lassen, das den Zwang zum vernünftigen Handeln mit sich führt, der sich aus einer Kohärenz von System und Prinzip ergibt (78). Wenn die historische Forschung sich darauf versteht, diese unterschiedlichen Codes und ihre immanente Logik anzuerkennen und auf eine nächst höhere Ebene zu transzendieren, dann erscheint sie in der Lage, eine „politische Epistemologie“ zu entwickeln. Diese hat die Aufgabe, die „jeweilige“ Logik der Zeit zu ermitteln, die sich aus dem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis von Recht, Politik und Philosophie ergibt (79). In diesem Gewebe ist der Stellenwert von „Kommunikation“ sowohl auf „Information“ bezogen im Sinne von „Machtverhandlung“ als auch, im vormodernen Sinne, als Austausch von Tugenden (81). Dies Letztere wird ermöglicht in der „communio“ beziehungsweise „*koinonia*“ (83ff.). Eine recht eigenwillige Ansicht des Autors erschließt sich dann, wenn er zur Begründung einer „politischen Metaphysik“ (oder „Metapolitik“) voranschreitet: Denn für ihn ist „Politik“ keine anthropologische Konstante, sondern historisch bedingt, grob gezeichnet kulminierend in Aristoteles’ „Politik“-Buch. Alles andere daraus Folgende, also zum Beispiel das, was heute unter „Weltpolitik“ läuft, er-

scheint dann geradezu als ein „gewaltige(r) Kulturtransfer“ (92). Das heißt, Politik besitzt eine historische Struktur, sie ist nur einmal geschehen, sie ist eine „ausschließliche Erfahrung einer bestimmten Kultur“ und besteht „in einem überlieferten Wissen“ (93). Das Wesen von Politik, so *Scattola*, muss sich „in einer vernünftigen oder argumentativen Kommunikation“ manifestieren, weil es auf „vernunftgemäß(e) Akteure angewiesen“ bleibt, „die dadurch an einem kollektiven Diskurs an einer gemeinsamen Ordnung teilhaben [...]“ (ebd.). Die Prämissen, dass der Sachgehalt der Politik historischer Natur sei, bringt den Autor zu der kühnen Schlussfolgerung, dass die Sozialwissenschaften seinen Kern im wesentlichen deswegen verfehlt, weil sie mit ahistorischen universalistischen Hypothesen und Theorien operieren und dabei eine Einheitlichkeit der Begrifflichkeit unterstellen, auf die die historischen Ereignisse reduziert werden (95). Es gibt daher keine Vergleichbarkeit, keine Linearität (etwa hin zu einer „Modernisierung“), keine Wiederholbarkeit. Was bleibt, sind „lauter Sonderwege“ (99). Die Sozialwissenschaften müssten folglich historisiert werden beziehungsweise die historischen Wissenschaften seien den Sozialwissenschaften sachadäquat vorgelagert. Dem Autor geht es aber nicht nur um die „richtige“ wissenschaftliche Erkenntnis, sondern auch um den konkreten Gestaltungscharakter von Politik in der Praxis: Abstrakte Planungsprogramme nützen nicht viel, weil die Drastik der Eingriffe, vor allem, wenn sie von außen oktroyiert oder auch nur als brauchbare Vehikel von Veränderungsprozessen angedient werden, auf soziale Gesellschaften in ihrem angestammten Verhalten störend wirken. Insoweit

versteigt sich *Scattola* zu der Behauptung, dass Historiker noch vor den Sozialwissenschaftlern zu den Beratern der Politiker gehören sollten (100).

Im Aufsatz von *Pierangelo Schiera* „Von der Verwaltung zur Kommunikation“ (105-119) geht es um Fragen einer „europäischen Verfassungsgeschichte“. Verfassung im materiellen Sinne soll in Verbindung mit den Funktionen von Kommunikation und Verwaltung gesehen werden. Es sei vor allem die Kommunikation, die die „Rationalität“ von Politik ausmache (107). „Kommunikation“ habe heute die Verfassung ersetzt (117). Den modernen Staat sieht Schiera als den „entscheidenden Schritt“ hin zur Neutralisierung konfliktorischer Momente einerseits, andererseits als verstärkendes Element „der Sicherheit durch die Modernisierung des Verwaltungsapparats“ (111). Dies bedeutete ferner einen Zuwinn an Legitimation, verglichen mit prästaatlichen Gemeinschaften, die sich auf eine funktionierende Verwaltung stützen (112). Mit einem Interesse liest man, wie die Ideologien, die mit „Kommunikation“ verknüpft werden, den Sozialwissenschaften zugrundeliegen – „als Kommunikationsreservoir für die bürgerliche Gesellschaft“ und einem immer stärker werdenden Staat, dem sie zuarbeiteten (115).

Es mag einige plausible Gründe und Motive geben, warum in den historischen Wissenschaften der Begriff der Kommunikation eine so steile Karriere gemacht hat. Im Rahmen einer kritischen Beurteilung muss es aber erlaubt sein, darauf hinzuweisen, dass dieser Begriff in Verbindung mit Politik bzw. dem Politischen drauf und dran ist, mit einer Art Heiligenschein umgeben zu werden, der Züge einer Mystifikation, ja geradezu einer Fetischisierung ange-

nommen hat. „Kommunikation“ wird geradezu in den Rang einer ontologischen Entität katapultiert, deren catch-all-Funktion einer Entdinglichung und damit Entwertung anderer, nicht weniger relevanter historischer, politischer und sozialer Kategorien auf bedenkliche Weise den Weg ebnet. Wenn schlichtweg alles mit der Brille des „Kommunikativen“ gesehen wird, ist die Gefahr der Verengung der Optik historiographischer Erkenntnis nicht von der Hand zu weisen. Die „platonisierende“ Hinwendung zum Kommunikationsbegriff verführt zur Nivellierung allen Politischen: Gewalt ist nicht mehr Gewalt, Krieg ist nicht mehr Krieg, Armut nicht mehr Armut und so weiter.

Das scheint der Preis zu sein, den die Geschichtswissenschaft zu entrichten hat, wenn sie, zweifelsohne hochreflektierend, mit Theorien arbeitet, die sie sich aus den Sozialwissenschaften ausleihen. Unter heuristischen Gesichtspunkten ist vieles möglich und vieles erlaubt. Aber aus einem heuristischen Anregungsvorschlag kann ohne Umstände eine Direktive für das weitere Erkenntnishandeln erwachsen, die dann die Analyse trägt und steuert. Alle zentralen Begriffe, die in den einzelnen Aufsätzen hervorgehoben werden, werden in den Fokus des „Kommunikativen“ gestellt, quasi im Sinne einer Unerlässlichkeit. Die Originalität der Argumentationsführung sowie die rhetorische Emphase, die, in unterschiedlichem Maße, die Texte auszeichnen, können dies nicht verdecken. Und überhaupt scheint es ein Faktum zu sein, dass die Implementierung von ausserfachlichen Analysekonzepten in die historischen Wissenschaften seltsamerweise oft den Weg über die Frühe Neuzeit gehen.

Arno Mohr